

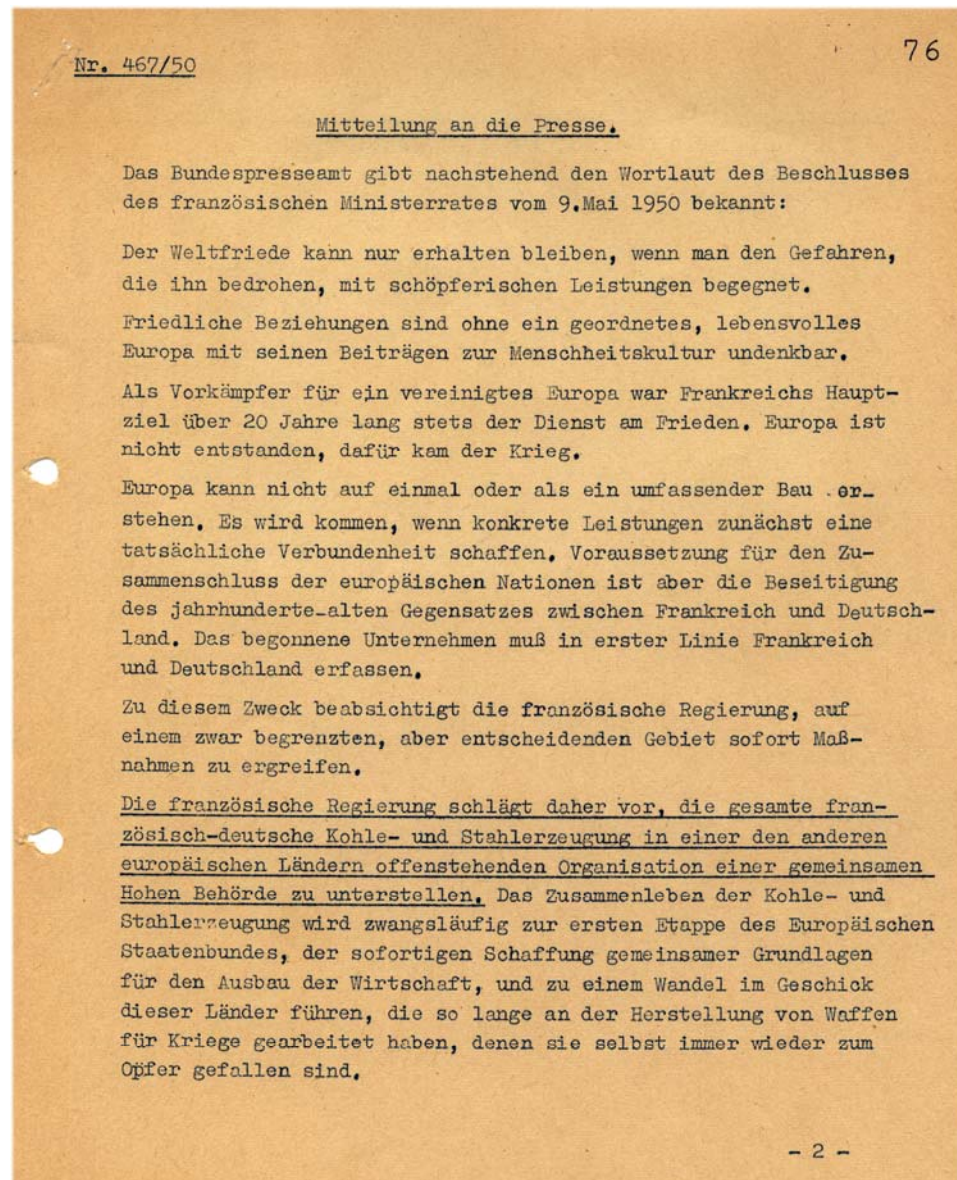
Exponat des Monats

Mai 2010

Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung zum Schumanplan 1950

Am 10. Mai 1950 gab das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung eine Pressemitteilung heraus, in welcher ein Aufsehen erregender Beschluss des französischen Ministerrates vom Vortage bekannt gegeben wurde. Ein Beschluss, den auch der Bundeskanzler bereits auf einer Pressekonferenz der deutschen Öffentlichkeit mitgeteilt hatte.

Als Konrad Adenauer am 9. Mai 1950 gegen 20:00 Uhr vor die Presse trat, war seine Erklärung schon lange vorher angesetzt worden. Ursprünglich wollte der Bundeskanzler die Ergebnisse der Kabinettsitzung bekannt geben, auf welcher der Beitritt der Bundesrepublik als assoziiertes Mitglied zum Europarat diskutiert und nach dem Willen Adenauers beschlossen werden sollte.



1. Seite der Mitteilung

Die ersten Monate des Jahres 1950 waren von einer zunehmenden Verschlechterung der Beziehungen zu Frankreich geprägt gewesen. Besonders in der Saarfrage stellte die französische Führung die Bundesregierung ein ums andere Mal vor vollendete Tatsachen. Die im März unterzeichneten Saarkonventionen bildeten hier nur den Gipfel. Nach Kriegsende trennte Frankreich das Saargebiet zunächst aus seiner Besatzungszone heraus und versuchte dann, dieses durch verschiedene Maßnahmen immer enger an sich zu binden. Bereits 1948 wurde eine Wirtschafts- und Zollunion geschaffen. Die Saarkonventionen aus dem Frühjahr 1950 brachten schließlich eine Ausweitung der Scheinautonomie der Saarregierung unter Ministerpräsident Johannes Hoffmann.

Auch die Frage nach dem westdeutschen Beitritt zum Europarat wurde überschattet von der französischen Forderung, einen Beitritt der Bundesrepublik nur gleichzeitig mit einem Beitritt des Saargebietes zuzulassen. Obgleich Adenauer aus Gründen der Staatsräson bereit war, diese Kröte zu schlucken, musste er nicht nur mit erbittertem Widerstand der Opposition, sondern auch mit heftigem Gegenwind aus den eigenen Reihen rechnen. Besonders bei Jakob Kaiser, Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, war Ablehnung zu erwarten, konnte doch jede Entscheidung an der Saar zugleich einen Präzedenzfall für die deutschen Ostgebiete bedeuten. Die Kabinettsitzung am 9. Mai versprach also, lebhaft zu werden.

Am 8. Mai jedoch bekam der Bundeskanzler ungeahnte Schützenhilfe aus Paris. Der französische Außenminister Robert Schuman informierte ihn vorab über sein Vorhaben, dem französischen Ministerrat am 9. Mai einen Plan zur Abstimmung vorzulegen, der später als Schumanplan in die europäische Geschichte eingehen sollte. Der von Jean Monnet, dem Leiter der französischen Planungsbehörde, ausgearbeitete Plan sah vor, die französische und deutsche Montanindustrie unter eine gemeinsame Kontrolle durch eine supranationale Behörde zu stellen. Diese Organisation sollte dabei anderen Staaten offen stehen.

Die französischen Vorstellungen ließen sich gut mit Adenauers eigenen Gedanken in Einklang bringen. Noch am Abend des 8. Mai antwortete er Schuman in zwei Briefen, in denen er die deutsche Bereitschaft, an der Entstehung der Montanunion mitzuwirken, versicherte.

Zwei Stunden bevor der Kanzler am 9. Mai im Bundesratssaal vor die versammelte Presse trat, um nicht nur die Entscheidung der Bundesregierung für einen Beitritt zum Europarat, sondern auch die französischen Pläne der deutschen Öffentlichkeit mitzuteilen, fand im Uhrensaal des Pariser Außenministeriums die Pressekonferenz des französischen Außenministers statt, auf der er den Schumanplan der Weltöffentlichkeit präsentierte.

Die französische Erklärung stellte die Notwendigkeit einer friedlichen Einigung Europas in den Vordergrund: „Der Weltfriede kann nur erhalten bleiben, wenn man den Gefahren, die ihn bedrohen, mit schöpferischen Leistungen begegnet. Friedliche Beziehungen sind ohne ein geordnetes, lebensvolles Europa mit seinen Beiträgen zur Menschheitskultur undenkbar.“

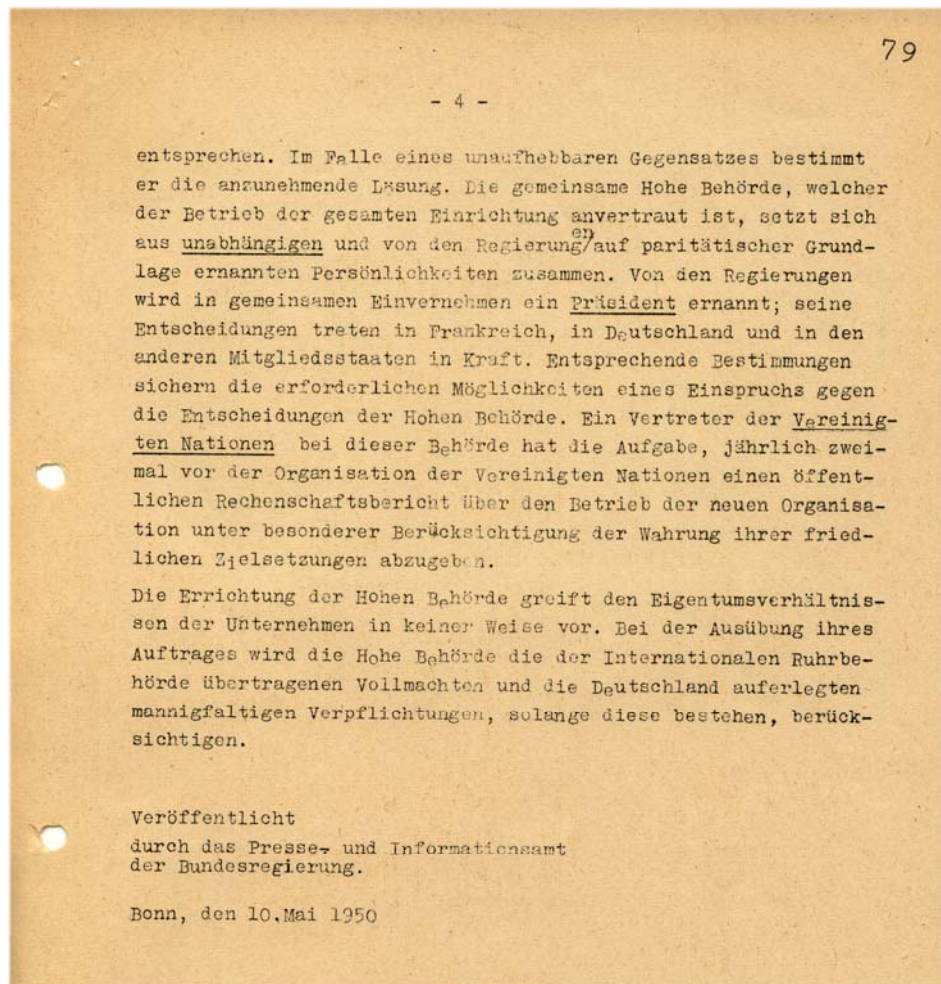
Auch der Weg, der künftig für den europäischen Einigungsprozess kennzeichnend sein sollte, wird hier bereits beschrieben. Kleine Schritte auf bestimmten Gebieten sollen nach und nach ans Ziel führen. „Europa kann nicht auf einmal oder als ein umfassender Bau erstehen. Es wird kommen, wenn konkrete Leistungen zunächst eine tatsächliche Verbundenheit schaffen.“

Durch einen gemeinsamen Montansektor, der die damals kriegswichtigen Kohle- und Stahlindustrien umfasste, sollte in der Zukunft ein Krieg zwischen den beteiligten Staaten unmöglich gemacht werden.

Dabei waren die französischen Motive alles andere als altruistisch. Natürlich ging es in erster Linie auch darum, einen gewissen Schutz vor Deutschland zu erreichen und eine Kontrolle über das dem französischen überlegene Wirtschaftspotential der Bundesrepublik zu erhalten. Der Bundeskanzler aber hielt die Chancen, die sich aus diesem Vorschlag für den westlichen Teilstaat ergaben für größer als die möglichen Gefahren und war deshalb bereit, sich mit den Franzosen in das „Abenteuer Europa“ zu stürzen.

Bei Beginn der Verhandlungen über den Schumanplan am 20. Juni 1950 unter dem Vorsitz Jean Monnets hatte sich der Kreis bereits um die Vertreter Italiens, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs erweitert. Der Bundesregierung gelang es, zu verhindern, dass das Saargebiet als siebter Verhandlungspartner zugelassen wurde und man einigte sich mit Frankreich darauf, die Saarfrage aus den Verhandlungen herauszuhalten. Nach zügigem Verhandlungsverlauf konnte am 18. April 1951 in Paris der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl von den sechs Gründerstaaten unterzeichnet werden. Der erste Schritt zur Einigung Europas war getan.

4. Seite der Pressemitteilung



Text: Marcell Moll

Scans: Antje Winter

Quelle: StBKAH, I/12.61